



v. li.: Horst Ladenberger, Wilhelm Imorde, Volker Schubach, Prof. Dr. Sabine Bartholomeyczik, Klaus Lachwitz



Klaus Lachwitz, Präsident Inclusion International und ehem. Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Lebenshilfe



150 Gäste besuchten das Fachforum

Teilhabe in der Pflege sichern

Fachlicher Diskurs über die Zusammenarbeit von Eingliederungshilfe und Pflege

Die UN-Behindertenrechtskonvention zielt auf die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung – auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit. Im Fachforum „Teilhabeorientierte Pflege – pflegeorientierte Teilhabe“ diskutierten Teilnehmer/-innen aus Eingliederungshilfe und Pflege über Entwicklungspotenziale und notwendige verbindliche Leistungen für die künftige Zusammenarbeit.

„Wer Teilhabe will, sucht Wege, wer sie verhindern will, sucht Begründungen“, mit diesen Worten begrüßte Norbert Zimmering, Sprecher des Facharbeitskreises Vollstationäre Pflege, die Anwesenden. Er plädierte für eine engere Zusammenarbeit und gegenseitige Wertschätzung von Eingliederungshilfe und Pflege, um die Lebenssituation betroffener Menschen besser erfassen und Hindernisse auf dem Weg zur Inklusion gemeinsam beseitigen zu können. Zimmering betonte, dass Menschen mit Behinderung, die in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe leben, nicht aus dieser Gemeinschaft herausgerissen werden dürften, nur weil sie pflegebedürftig sind. In der Podiumsdiskussion bekräftigten Horst Ladenberger (Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln), Wilhelm Imorde (Lebenshilfe Wohnstätten, Bielefeld) und Volker Schubach (Das Dach – Verein für psychosoziale Hilfen, Detmold) als Vertreter verschiedener Mitgliedsorganisationen diese Forderung.

Multidisziplinäre Teams einsetzen

Klaus Lachwitz zeigte in seinem Vortrag eine weitere Perspektive auf. Als Präsident von Inclusion International und ehemaliger Geschäftsführer der Bundesvereinigung

der Lebenshilfe war er am Entstehen der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) beteiligt. Mit Blick auf ihre Entwicklung erläuterte Lachwitz, dass Pflege ein Teil des Rechts auf Gesundheit (Art. 25 BRK) und des Rechts auf Habilitation und Rehabilitation (Art. 26 BRK) ist. Sein Fazit: „Zur Umsetzung von Teilhabe in beiden Fachbereichen benötigen wir multidisziplinäre Teams und ein gemeinsames Konzept, damit die unterschiedlichen Berufsgruppen angemessen und unabhängig von Hierarchien zusammenwirken können.“ In der Gesprächsrunde zeigte sich, dass es in der Praxis bereits eine Annäherung der Professionen gibt, aber auch einen großen Bedarf an kompetentem Fachpersonal.

Sozialgesetzbücher zusammenführen

In ihren Ausführungen zum Pflegebegriff betonte Prof. Dr. Sabine Bartholomeyczik von der Universität Witten/Herdecke die Gleichrangigkeit von Pflege und Teilhabe. Zudem plädierte sie für eine Verzahnung der zuständigen Sozialgesetzbücher im Sinne der Menschen, die bedarfsgerechte Hilfen und Pflege benötigten. Damit knüpfte sie an die Aussage von Klaus Lachwitz an, der empfahl, die Pflegekasse zu einem weiteren Rehabilitationsträger im Sinne des

SGB IX zu machen: „Dies hätte zum Vorteil, dass das Persönliche Budget auf Leistungen in der Eingliederungshilfe und Pflege anwendbar wäre“, erklärte er. Während der Diskussion wurde nochmals deutlich, wie negativ sich die „künstliche“ Trennung beider Fachbereiche im Arbeitsalltag vieler Einrichtungen auswirkt.

Die Menschen im Blick behalten

In seiner Schlussrede äußerte Rainer Bücher, stellvertretender Facharbeitskreissprecher Wohnen für Menschen mit Behinderung in Westfalen-Lippe, dass sich alle auf der Fachtagung angestoßenen Konzepte immer mit folgenden Fragen auseinandersetzen müssten: Was nützen diese Konzepte dem Menschen und seiner Lebensqualität? Werden all seine Ressourcen und Möglichkeiten betrachtet?

Es herrschte Einigkeit bei den Teilnehmenden, dass es Aufgabe des Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen ist, Eingliederungshilfe und Pflege innerverbandlich näher zusammenzubringen, den Grundsatz ambulant vor stationär sowie die Quartiersarbeit zu verstärken und es große Chancen gibt, den sozialpolitischen Prozess aktiv mitzugestalten.

Susanne Stromberg